

UNI LUXEMBURG

Es gibt sie, es gibt sie nicht



Selbst Eingeweihte wissen nicht immer, was sich hinter den Uni-Gemäuern abspielt. Transparente Informationspolitik will gelernt sein. (Foto: woxx)

Die Uni Luxemburg befindet sich im Auf- und permanenten Umbau. Die jüngsten Umstrukturierungen sorgen für interne Verwirrung. Ein Beispiel dafür ist die Forschungsgruppe Gouvernance Européenne.

"Man sollte mutig, jedoch nicht vermessen sein." Der Rektor der Uni Luxemburg ist not amused. Sein Vorredner hat den Bogen ganz offenbar überspannt. "Man muss gut abwägen, was man in der Öffentlichkeit sagt", fügt Rolf Tarrach hinzu und ringt um ein Lächeln.

Bei dem öffentlich Gescholtenen handelt es sich um Lukas Sosoe, der im Auftrag der Forschungsgruppe "Gouvernance Européenne" der Uni Luxemburg das Begrüßungswort zum internationalen Kolloquium über die europäische Verfassung gesprochen hatte. Anfang Mai hatte die Gruppe, die in den Monaten zuvor einige Konferenzen zum Thema EU-Politik veranstaltet hat, zur Diskussion über die europäische Krise geladen. Gekommen waren Akademiker aus verschiedenen europäischen Ländern, vor allem um die Erfahrungen über die Referenden in Luxemburg, Frankreich, Spanien und den Niederlanden auszutauschen. Diesen illustren Rahmen hatte Lukas Sosoe gewählt, um seinem Ärger in unaufgeregter, beinahe monotoner Stimme freien Lauf zu lassen. Ausgerechnet Luxemburg, eine der Hauptstädte Europas, behandle die Forschung über die Europäische Union wie ein Stiefkind. Lange Zeit sei der Bereich im Programm gar nicht vorgekommen und nun existiere die erst vor einem Jahr vom Rektor eingesetzte Forschungsgruppe Gouvernance Européenne nicht mehr, so Sosoe und nimmt ohne große Emotionen Worte wie "institutionelle Unentschlossenheit" und "strukturelles Dysfunktionement" in den Mund.

"Ich werde privat mit Ihnen weiterreden", lautet Tarrachs nüchterne Antwort auf dem Podium, "Sie haben Sachen gesagt, die nicht stimmen!" Eine interne Rangelei ohne großen Belang, möchte man meinen - ein junger Forscher, der sich etwas undiplomatisch um sein Steckenpferd bemüht. Wären da nicht die Stim-

men anderer Wissenschaftler an der Uni, die sich über eine gewisse Planlosigkeit beklagen. Wer nun versucht, das Schicksal der besagten Forschungsgruppe Gouvernance Européenne aufzuklären, bekommt einen kleinen Einblick ins Labyrinth des universitären Aufbaus in Luxemburg. Denn die simple Existenzfrage dieses Forschungsbereichs ist komplexer, als man denkt. Und sie mag als Beispiel für die nicht gerade transparente Unipolitik dienen.

Riesenkuddelmuddel

Gibt es sie nun noch, oder ist sie abgeschafft, die noch im vergangenen Jahr als "axe prioritaire" eingestufte Gouvernance Européenne? Zumindest auf den ersten Blick scheint es, als sei sie dem strukturellen Umbau zum Opfer gefallen. Doch der Plan Quadriennal der Uni für die Jahre 2006 bis 2009, in dem Rektor Tarrach Ende März seinen enseignants-chercheurs die neuen Forschungsschwerpunkte präsentierte, kann nur bedingt zur Klärung beitragen. Auf Seite 5 wird für den als "hautement prioritaire" eingestuften Forschungsbereich "Droit européen et droit des affaires" festgehalten: "Les recherches ... contribueront au succès du programme 'Gouvernance européenne'." Das Programm selbst wird aber drei Seiten später lediglich unter der Rubrik "faiblement prioritaire" aufgeführt. "Ein Riesenkuddelmuddel", so der lakonische Kommentar eines Uni-Mitarbeiters, "uns ist völlig unklar, wie wir jetzt eigentlich mit diesem Thema weiterverfahren sollen". Doch das betrifft nicht nur die Gouvernance Européenne, das gesamte System wurde verändert. Die im Vorjahr definierten "lignes de recherche" mit den dazugehörigen Kreditlinien wurden abgeschafft. Stattdessen sollen die Zuständigen nun Forschungsprojekte einreichen - und zwar binnen einer Rekordzeit von knapp drei Wo-

chen. Anfang Juni gab die Unileitung die Formulare für die neuen Projekte aus, bis Mittwoch dieser Woche mussten sie ausgefüllt und abgegeben sein.

"Wir sind nicht sehr gut informiert und deshalb selbst etwas verloren", sagt Philippe Poirier, der sich als ehemaliger wissenschaftlicher und administrativer Koordinator der Forschungsgruppe Gouvernance Européenne bezeichnet. Ehemaliger? Drei Wochen nach dem Kolloquium sei er per E-mail informiert worden, die Kredite für den Forschungsbereich liefen im Dezember 2006 aus. Poirier stellt fest: "Momentan gibt es meine Forschungsgruppe also nicht mehr, folglich kann ich mich auch nicht mehr als deren Koordinator bezeichnen."

Koordinatorenkarrussell

Das sieht Kollege René Leboutte anders. Leboutte ist Lehrbeauftragter für zeitgenössische Geschichte an der Uni und in den Gängen der Fakultät für Humanwissenschaften munkelt man, er sei der neue Koordinator der besagten Forschungsgruppe Gouvernance Européenne. "Die Gruppe gibt es noch", lautet seine Auskunft, "Poirier und ich arbeiten zusammen und sind Ko-Koordinatoren." Man sei mitten in einem Diskussionsprozess, er selbst arbeite an einem internen Orientierungspapier, das er in Kürze seinen Kollegen vorstellen werde.

Zusammengefasst: Der ehemalige Koordinator ist noch im Amt, er weiß nur nichts davon, am Forschungsprogramm wird ohne sein Wissen und das der anderen Mitglieder der Gruppe weitergearbeitet. Der Rektor habe die Sache geklärt, hatte René Leboutte noch hinzugefügt. In der Tat scheint nur einer in der Position zu sein, Licht ins Dunkle der Luxemburger Forschungsstuben zu bringen. Doch Fehlanzeige. Auch nach mehrmaligem Nachhaken lautet die unmissverständliche Aussage aus dem Vorzimmer des Uni-Rektors: "Herr Tarrach gibt zu dieser Sache absolut keinen Kommentar in der Öffentlichkeit ab."

Doch auch bei Lukas Sosoe hat sich das Uni-Oberhaupt bislang nicht gemeldet. "Ich bin überrascht, dass er die Kritik derart persönlich nimmt", sagt Sosoe. "Ich habe doch kein Geheimnis verraten, schließlich ist ein Uni-Programm etwas Öffentliches." Dass dies vom Conseil de Gouvernance der Uni nicht so gesehen wird, mussten indessen auch andere Uni-Mitarbeiter, die eine öffentliche Debatte suchten, erfahren. Er habe lediglich seine Irritation darüber zum Ausdruck bringen wollen, dass ein Land wie Luxemburg aus der Europa-Frage keinen Schwerpunkt an seiner einzigen Uni macht, so Sosoe. Im Übrigen seien die Mitglieder der Gruppe Gouvernance Européenne immer noch nicht offiziell darüber informiert worden, dass Leboutte ihr neuer Koordinator sei. Man warte gespannt auf eine erste Sitzung.

Vielleicht wird diesem Meeting auch Rolf Tarrach beiwohnen. "Die Mehrheit ist nicht immer gut informiert", lautete sein Fazit auf dem Kolloquium Anfang Mai mit Blick auf die EU-Verfassung. Eine Analyse, die - auf die Uni angewendet - wenigstens dort zu einer effizienteren Informationspolitik führen könnte.

Danièle Weber

Recherche recherchée

Comme le documente l'article ci-contre, la question de l'enseignement et de la recherche en sciences humaines à l'Université du Luxembourg continue à faire débat. Lors du long débat d'orientation à la Chambre des députés consacré ce mardi à l'université, le sujet a été, entre autres, relancé. Pour le LSAP, Ben Fayot déclare que "nous avons aussi besoin de recherche en sciences politiques, au sujet de notre gouvernance européenne, qui se révèle problématique et n'est considérée que comme 'faiblement prioritaire' par le plan quadriennal. Je ne trouve pas cela bien, car c'est justement la grande dimension européenne qui place notre pays devant de grands défis". L'ancienne ministre de l'éducation nationale, la députée Anne Brasseur (DP), estime que le développement de la faculté des lettres et des sciences humaines se trouve dans un "flou" et refuse que l'orientation culturelle et humaine de l'université devienne le parent pauvre de la recherche. Après avoir décrit l'évolution des centres de recherche depuis les années 70, elle affirme: "Ce qui est clair, c'est que rien n'est clair. Tout cela ressemble à un jeu de mika-do confus où tout risque de s'effondrer à la moindre aiguille retirée."

Greenpeace appelliert an Europa Abgeordnete

Die Chemikaliendirektive Reach geht in die letzte Runde. Im Vorfeld des für den Herbst geplanten zweiten Votums des Europa-Parlamentes veröffentlicht Greenpeace einen Zwischenbericht. Eine der umstrittenen Regelungen ist das Substitutionsprinzip, das vom Europa-Parlament in erster Linie angenommen wurde. Dieser Gesetzpunkt soll dafür sorgen, dass gesundheitsschädliche Chemikalien gegebenenfalls durch weniger gefährliche Substanzen ersetzt werden. Greenpeace lobt das Abstimmverhalten der Luxemburger Europa-Abgeordneten Claude Turmes, Lydie Polfer, und Erna Hennicot-Schoepges. Dass Robert Goebbels gegen das Substitutionsprinzip sei, erstaune nicht. Verwunderlich dagegen sei, dass Astrid Lulling und Jean Spautz sich zuerst für das Substitutionsprinzip aussprachen, dann aber ihre Meinung, trotz der positiven Haltung ihrer Parteikollegin, nachträglich änderten. Greenpeace unterstreicht, dass die Argumente der Chemieindustrie, Reach gefährde Standorte und Arbeitsplätze, auf die sich die GegnerInnen bislang stützten, mittlerweile durch gezielte Studien vollständig widerlegt seien.

Schreibwerkstatt

Liest du meinen, les ich deinen ... Wegen Terminlast leidet auch bei der woxx mitunter das gegenseitige Stimulieren bei der Arbeit. Eine Klausur am Wochenende schaffte Abhilfe: Jedes Redaktionsmitglied sollte einen Text vorrecherchieren, gemeinsam wurde dann der "rote Faden" besprochen und die verfassten Texte begutachtet. Das Endresultat findet sich in dieser und in den nächsten Ausgaben der woxx.

